

Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung

Martin Rüttgers

Seit die südbrasilianische Millionenstadt Porto Alègre im Jahr 1989 mit dem „Orçamento Participativo“ das Urmodell eines Bürgerhaushalts initiierte, wächst das Interesse an diesem für viele zunächst exotisch erscheinenden Verfahren partizipativer Demokratie zur Ergänzung und Vitalisierung repräsentativer Entscheidungsprozesse. Die erfolgreiche Adaption des Modells Bürgerhaushalt zeigt sich rein quantitativ darin, dass die Zahl der Anwendungsbeispiele bis Mitte 2008 auf **mehr als 30 Kommunen in Deutschland** gestiegen ist (www.buergerhaushalt.org). Aufgrund uneinheitlicher Definitionsstandards kann die Anzahl der Verfahren im internationalen Kontext nur geschätzt werden. Experten zufolge darf von 100 europäischen und weltweit von ca. 1000 Bürgerhaushalten (Schwerpunkt Lateinamerika) ausgegangen werden. Mit Sevilla und Cordoba im spanischen Andalusien, Salford in Großbritannien sowie Stadtbezirken der europäischen Hauptstädte London, Paris, Rom und Berlin beteiligen sich sowohl Großstädte als auch kleinere Kommunen wie Hilden und Emsdetten in Nordrhein-Westfalen an dieser lokalen Partizipationsbewegung. Köln setzt mit seinem internetgestützten Bürgerhaushaltsverfahren sogar UN-preisgekrönte Maßstäbe zur Organisation von Partizipation in Großstädten.

Ausgangspunkt zum Start des weltweit ersten Bürger- bzw. Beteiligungshaushalts war seinerzeit die durch chronische Überschuldung und Korruption geprägte Situation in der Stadt Porto Alègre sowie die hiermit einhergehenden Legitimationsdefizite der lokalen Demokratie vor Ort. **Die auch hierzulande sich verschärfende Krise der öffentlichen Haushalte bietet einen wichtigen Erklärungsansatz für das wachsende Interesse am Modell Bürgerhaushalt und dessen Implementierung insbesondere in europäischen Kommunen.** Nachfolgend werden weitere Erklärungsansätze und Hintergründe dieser Erfolgsgeschichte des Partizipationsmodells skizziert und differenziert, um in einem zweiten Schritt einen Überblick über begriffliche Bestimmungsversuche und Kernelemente des Bürgerhaushalts zu geben. Mit Blick auf vorfindbare Varianten des Modells Bürgerhaushalt wird drittens eine Typologie vorgeschlagen, die eine Einordnung der unterschiedlichen und vielfältigen Methoden und Verfahren zur Entwicklung eines Bürgerhaushalts ermöglichen hilft. Perspektiven und Entwicklungsoptionen zur weiteren Ausbreitung des Partizipationsmodells runden die Kurzexpertise zum Bürgerhaushalt ab.

Hintergründe des „Erfolgmodells“ Bürgerhaushalt

Im Zuge der Krise der öffentlichen Haushalte, in deren Folge etliche Städte und Gemeinden stark begrenzte Spielräume zur Bereitstellung sogenannter „freiwilliger Leistungen“ vorfinden, begreift eine zunehmende Zahl an Kommunen jene Krise als Chance und Anlass, das freiwillige Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger gezielt zu fördern und zu stärken. Dass die Begleitumstände zur Ausweitung entsprechender Förderkonzepte und -strategien Ambivalenzen aufweisen, die in der Fachdebatte mit den Schlagworten „**Bürger als Ausfallbürge**“ versus „**Bürger als Koproduzent öffentlicher Leistungen**“ kontrovers erörtert werden, soll an dieser Stelle nur erwähnt, nicht aber vertieft werden. Festhalten lässt sich, dass viele Kommunen inzwischen an der Entwicklung und Umsetzung des Leitbilds „Bürgerkommune“ ernsthaft mitwirken. So arbeiten z.B. im Städte-Netzwerk CIVITAS mehr als 10 bürgerorientierte Kommunen seit den späten 1990er Jahren an Konzepten und Modellprojekten zur Stärkung der lokalen Demokratie (www.buergerorientierte-kommune.de). Auch wurden zahlreiche kommunale Stabs- oder Koordinierungsstellen eingerichtet, die mit praxisnahen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten die Engagementförderung vor Ort gezielt unterstützen. Der Bedeutungszuwachs bürgerschaftlichen Engagements führte in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren ferner zu einem regelrechten Gründungsboom von Organisationen, die mit differenzierten Angeboten freiwilliges Engagement vor Ort unterstützen. Neben Freiwilligenagenturen (www.bagfa.de, www.freiwilligenzentren.de) und kommunalen Stabsstellen gewinnen Bürgerstiftungen (www.buergerstiftungen.info, www.buergerstiftungen.de) als Teil dieser Infrastruktur der Engagementförderung stetig an Relevanz. **Essentieller Bestandteil des Leitbilds Bürgerkommune ist es, bürgerschaft-**

liches Engagement nicht nur als soziales und karitatives Ehrenamt zuzulassen bzw. zu fördern, sondern explizit mit Mitwirkungs- und Teilhaberechten auszustatten.

In diesem Kontext haben sich seit den frühen 1990er Jahren in Deutschland eine Vielzahl und Vielfalt an Beteiligungsverfahren und Partizipationsmethoden entwickelt, die mittlerweile aus der kommunalen Praxis nicht mehr wegzudenken sind und ihre erprobte Praxisrelevanz oftmals unter Beweis gestellt haben – sei es mit Bürgergutachten im Kontext von Stadt- und Verkehrsentwicklung, in Form von Zukunftswerkstätten in der Stadtteilrahmenplanung oder in Mediationsverfahren zur regionalen Abfallpolitik. Die Stiftung Mitarbeit (www.mitarbeit.de) und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben hierzu vergleichende Studien und Methodenhandbücher publiziert, die belegen, dass das Angebot an Partizipationsverfahren vielfältig ist und dass die Nachfrage bzw. die Verfahrensanwendung (durch Kommunen) als steigerungsfähig beurteilt werden kann.

Die Ausweitung erprobter Verfahren von Bürgerbeteiligung und Partizipation lässt sich insoweit als förderliche Rahmenbedingung für die Entwicklung von Bürgerhaushalten konstatieren – und umgekehrt: So sehen Evaluatoren von Beteiligungsverfahren wie Helmut Klages in dem Partizipationsmodell Bürgerhaushalt Potentiale, die mitunter isoliert praktizierten und mit spezifischen Schwächen ausgestatteten Verfahren zu einem übergreifenden Gesamtansatz von Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln. Hierbei helfen die in den letzten Jahren erheblich ausgeweiteten Möglichkeiten neuer Medien im Rahmen von „ePartizipation“. Das Internet bietet insbesondere als „Web 2.0“ nicht nur scheinbar grenzenlose Optionen für Online-Foren, Tauschbör-

sen oder Netzwerke privater Präferenzen, sondern stellt Plattformen für öffentliche Kommunikation und Partizipation zu Themen zur Verfügung, die vor Ort oder überregional unter den Nägeln brennen. Mit Blick auf das Web-basierte

„Kölner Modell“ des Bürgerhaushalts wird weiter unten verdeutlicht, wie intensiv solche Online-Partizipationsangebote genutzt werden und welche Interaktivität hierdurch ermöglicht wird.

Begriffsbestimmungen und Kernelemente des Bürgerhaushalts

Dass bislang keine einheitliche Definition des Partizipationsverfahrens Bürgerhaushalt in der Literatur vorfindbar ist, muss angesichts der unterschiedlichen Entstehungskontexte, Methodenwahl und Partizipationstiefen des Verfahrens nicht verwundern. So bezeichnen einige Initiatoren bereits Informationsbroschüren als „Bürgerhaushalt“, andere verwenden den Begriff mit der Betonung kontinuierlicher Partizipationszyklen exklusiv für das Ursprungsverfahren von Porto Alègre. Daher werden zunächst einzelne Definitionsversuche aufgelistet, um Kernelemente bzw. Mindeststandards zu identifizieren, die künftigen Initiativen zur Erstellung eines Bürgerhaushalts als orientierende Leitplanken dienen können.

Erhard O. Müller definiert in einem Leitfaden für die Gestaltung eines Bürgerhaushalts in Städten und Gemeinden kurz und bündig: „Beim Bürgerhaushalts-Verfahren wird ein Teil des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufgestellt, wobei die Bürgerschaft, die Verwaltung und die gewählten Gremien durch ein kooperatives Verfahren miteinander verbunden werden. Auf diese Weise wird eine effektive bürgerschaftliche Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ermöglicht.“¹

Was den Kern eines Bürgerhaushalts ausmacht, fragen Frank Baumann, Lars Vogelsang und Anselm Weidner in einer Berliner Machbarkeitsstudie: „In ihm werden Bürger(inne)n direkt an

der Aufstellung des öffentlichen Haushalts beteiligt. Drei Bestandteile sind elementar:

- eine verständliche Darstellung des Haushalts
- die Beratung des Haushalts mit den Bürger(innen) sowie
- die Rechenschaft über den Umgang mit den Empfehlungen des Partizipationsprozesses.

Diese Schritte einer partizipativen Haushaltsaufstellung leben von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Bürger(inne)n, Verwaltung und Politik.“²

Ein Kooperationsprojekt „Bürgerhaushalt Berlin – Partizipative Haushaltsberatung“ der Bundeszentrale für politische Bildung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung entwickelte 2003/04 im Rahmen eines Workshops „Bürgerhaushalt in Großstädten“ folgendes Begriffsverständnis: „Der Bürgerhaushalt steht für eine neue Qualität der kommunalen Haushaltspolitik und für einen Wandel der lokalen Demokratie. Bürgerhaushalt ist kein besonderer Teil des Haushaltes, sondern ein neues Verfahren zur Entwicklung eines kommunalen Haushaltes. An diesem Wandel sind in gleicher Weise Bürgerschaft, Politik und Verwaltung beteiligt. Ein Bürgerhaushalt umfasst daher bestimmte politische Ziele: die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die Entwicklung einer

1 Bürger machen Haushalt (2006), S. 5.

2 Bürgerhaushalt Berlin-Mitte (2003), S. 2.

neuen Partnerschaft zwischen Bürger/innen, der lokalen/regionalen Politik und ihrer Verwaltung mit der Absicht, gemeinsam an der Lösung von Problemen im öffentlichen Raum zu arbeiten sowie eine auf Mitverantwortung zielende Zivilgesellschaft mit entsprechendem Qualifizierungsbedarf bei Bürger/innen, Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung.“³

Helmut Klages macht in seiner Definition auf die Legitimationsfunktion von Bürgerhaushalten aufmerksam: „Grundsätzlich handelt es sich beim Bürgerhaushalt um einen Ansatz, der auf die direkte Einbeziehung von Bürger/innen in den Prozess der kommunalen Haushaltsaufstellung abstellt. (...) So gesehen handelt es sich beim Bürgerhaushalt im Kern um eine „Entscheidungshilfe“ für die Stadtpolitik, die diese innerhalb der Rahmenbedingungen repräsentativer Demokratie initiiert, um sich innerhalb der Bürgerschaft eine möglichst breite Akzeptanzbasis für ihre Dispositionen über verfügbare Finanzmittel zu sichern.“⁴

Um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren unterscheidbar zu machen, hat das Forschungsprojekt „Europäische Bürgerhaushalte“ fünf (Abgrenzungs-)Kriterien erarbeitet, die das Webportal www.buergerhaushalt.org rezipiert und dokumentiert. Für einen Bürgerhaushalt sind demnach folgende fünf Bedingungen zu erfüllen:

1. Im Zentrum der Beteiligung stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstiftung allein, ohne

Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.

3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushalts- oder steuerpolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess, der mittels Internet oder Versammlungen bzw. Treffen geführt wird. Eine schriftliche Befragung allein ist demnach kein Bürgerhaushalt. Ebenso nicht die bloße Öffnung bestehender Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Die folgenden **drei Kernelemente** bzw. Phasen, die Verfahren und Modelle des Bürgerhaushalts als Mindeststandards und Erfolgsfaktoren berücksichtigen sollten, können in Reflexion der Definitionsvorschläge festgehalten werden:

- **Transparenz und Information:** Eine für Laien verständliche, transparente Darstellung des kommunalen Haushaltes ist Erfolgsbedingung für bürgerschaftliche Partizipation im Rahmen des Bürgerhaushalts. Die Bürger/innen müssen erkennen, welche Produkte und Dienstleistungen sich hinter den jeweiligen Haushaltstiteln verbergen. Der derzeit sich vollziehende Übergang von einer kameralistischen zu einer produktbezogenen Haushaltsführung („Neues Kommunales Finanzmanagement“ bzw. „Doppik“) erleichtert es hierbei den Kommunen, eine für die Bürgerschaft transparente Informationsgrundlage herzustellen. Zur Informationsvermittlung können Bürgerversammlungen, verständliche Publikationen und Online-Angebote (idealerweise kombiniert) initiiert werden. Erfahrungen von erfolgreich

3 Bürgerhaushalt in Großstädten (2005), S. 5.

4 Helmut Klages (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen, S. 66f.

durchgeführten Bürgerhaushalten zeigen zudem, dass die Willenserklärung und Rücken- deckung durch die Stadtspitze eine wichtige Start- und Erfolgsbedingung für den Partizi- pationsprozess darstellt.

- **Konsultation und Partizipation:** Das Herz- stück eines Bürgerhaushalts ist die Beteiligung der Bürger/innen an der kommunalen Haus- haltsaufstellung. Hierzu stehen verschiedene Partizipationsmethoden zur Verfügung, deren Anwendung sich an den Ausgangsbedingung vor Ort orientieren sollten. Bürgerbefragungen können ebenso Bestandteil eines Bürgerhaus- halts sein wie Stadtteil-Versammlungen oder Internet-Foren. Erfolgsbedingung ist hierbei, dass der Partizipationsprozess und dessen Or- ganisation im Vorfeld gut abgestimmt wird (durch Ratsbeschlüsse und ggf. Symposien, Projektgruppen oder Beiräte) und zudem eine unabhängige Prozessbegleitung (durch exter-

ne Moderation) gewährleistet ist. Ein Blick auf die Empirie der Modelle (siehe unten) zeigt zu- dem, dass die Partizipationstiefe und -intensi- tät sehr unterschiedlich ausgestaltet werden kann.

- **Rechenschaftslegung:** Da in einer repräsen- tativen Demokratie die rechtsverbindlichen Ent- scheidungen durch die (kommunalen) Parla- mente gefällt werden, ist es Aufgabe der Stadt- bzw. Gemeinderäte und Kommunalverwal- tungen, Rechenschaft über die Ergebnisse des Bürgerhaushalts abzulegen: Welche Vorschlä- ge und Anregungen der Bürgerschaft können umgesetzt werden, welche nicht, mit welcher Priorität? Die Güte dieses dritten Kernelements steht und fällt mit der Ernsthaftigkeit von Poli- tik und Verwaltung im Umgang mit den Ergeb- nissen der Bürgerpartizipation. Entsprechende Ablehnungen von Bürgervoten im Rahmen des Bürgerhaushalts sollten folgerichtig nachvoll- ziehbar und transparent begründet werden.

Typologisierung von Bürgerhaushalts-Modellen

Mit Blick auf die seit 1989 erprobten Modelle beteiligungsorientierter Bürgerhaushalte lassen sich Modellvarianten typologisieren. Dies kann dazu beitragen, künftige Vorhaben der Beteili- gung der Bürgerschaft an der Haushaltsplanung besser einzuordnen, um das finanziell und or- ganisatorisch machbare, gesellschaftlich akzep- tierte und somit den Rahmenbedingungen vor Ort angemessene Verfahren mit entsprechenden Methoden zu generieren.

Modell Porto Alègre – Typ 1: Kontinuierlicher Partizipationsprozess bei integrierter Abstimmung zwischen Bürger- schaft, Verwaltung und Politik

Als im Jahr 1989 ein Bündnis linker Parteien unter Führung der Arbeiterpartei PT die Bürger-

meisterwahlen in Porto Alègre gewann, wurde ein Beteiligungsmodell entwickelt, das als Urty- pus des Bürgerhaushalts bezeichnet wird und bis heute eine starke Ausstrahlungskraft auf bürger- orientierte Kommunen insbesondere in Europa ausübt. Der frisch gewählte Bürgermeister mach- te aus der vorfindbaren Not (extrem hohe Infla- tionsrate, desolante Kommunalfinanzen und durch Korruptionsskandale delegitimierte Stadtverwal- tung) eine Tugend, indem er die Bürger/innen zum „Orcamento Participativo“ (OP) einlud. Dieser Partizipationszyklus umfasst ein komple- xes Zusammenspiel von stadtteilbezogenen und thematischen Basis- bzw. Bürgerversammlungen, den von ihnen gewählten Foren, einem ständi- gen Delegierten-Ausschuss der Bürgerschaft („Bürgerhaushalts-Rat“), der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung zur Erarbeitung eines

Haushaltsplanentwurfs. Hierfür gibt es strenge und aufeinander abgestimmte Zeitvorgaben, damit der Haushalt fristgemäß verabschiedet werden kann. Die in den Stadtteilen durch die Bürgergesellschaft entwickelten Prioritäten werden in eine gesamtstädtische Liste transferiert, die mit den thematischen Projektvorschlägen und den Prioritäten der Stadtverwaltung den ersten Haushaltsentwurf ergeben. Der Stadtrat kann den kommunalen Haushalt nach Zustimmung des „Bürgerhaushalts-Rates“ verabschieden, der dann von der Verwaltung in einen konkreten Investitionsplan umgerechnet wird. Anhand dieses Planes können die Bürger/innen die Umsetzung kontrollieren, denn jeder Stadtteil erhält aufgrund seiner Prioritätenliste, Einwohnerzahl sowie des von der Verwaltung ermittelten Investitionsbedarfs bestimmte Leistungen zugeteilt. Zudem ist die Verwaltung zur Zusammenarbeit mit den Vertreter/innen der Bürgergesellschaft verpflichtet.

Der OP als Bürgerhaushalt wird seit 1989 mit jährlich wachsender Partizipation der Bevölkerung durchgeführt. Nach Schätzungen der Weltbank nehmen inzwischen rund 100.000 Menschen an der Erarbeitung des OP teil, was ca. 15 % der Wahlberechtigten entspricht. Die in westlichen Ländern einschließlich Deutschland oftmals konstaterbare „Mittelschichts-Lastigkeit“ von Bürgerbeteiligung ist in Porto Alègre nicht in dieser Ausprägung vorzufinden: So beteiligen sich mehrheitlich Angehörige der Unterschicht und der unteren Mittelschicht am OP-Zyklus. Es verwundert daher nicht, dass erhebliche Mittel in die Infrastruktur der bisher benachteiligten Stadtteile investiert wurden. Ferner sorgt die OP-Systematik mit den oben genannten drei Kriterien (Prioritätenliste, Einwohnerzahl und Investitionsbedarf) kommunaler Mittelverteilung dafür, dass Quartiere mit einer mangelhaften Infrastruktur mehr Gelder erhalten als solche, die bereits über eine hohe Lebensqualität verfügen. **Der OP führt(e) aber nicht nur zur Verbesse-**

rung der sozialen Gerechtigkeit durch eine bedarfsgerechtere Allokation von Investitionen und Infrastrukturen, sondern stärkt(e) zudem die Zivilgesellschaft vor Ort: Mehr und mehr Bürger/innen schlossen sich zu Initiativen zusammen, um die Erfolgchancen zur Berücksichtigung ihrer Interessen im Bürgerhaushalt zu steigern. Im Zuge dieser Assoziationenbildung konnten klientelistische Prozesse und Strukturen minimiert werden, da die neuen Initiativen die demokratischen Regeln adaptierten und verbreiteten, die zuvor im OP erworben wurden. Durch das transparente Partizipationsverfahren des OP konnten Vetternwirtschaft und Korruption zurück gedrängt, jedoch nicht völlig beseitigt werden. Last but not least konnte durch die breite Beteiligung der Bürgergesellschaft der kommunale Haushalt saniert werden – und dies, „obwohl“ sich seit über anderthalb Jahrzehnten die Zahl der Schulen in Porto Alègre verdreifacht und der Anteil der Haushalte mit Anschluss ans Kanalisationssystem auf 85 % verdoppelt hat.

Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ NRW – Typ 2: Information und Rechenschaftslegung als Schwerpunkt bei vergleichsweise geringem Partizipationsgrad

In dem Gemeinschaftsprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ haben das Innenministerium Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit sechs Projektkommunen nach Wegen gesucht, die Bürger/innen in einfacher und verständlicher Form über die kommunalen Haushalte der beteiligten Städte zu informieren. Als Projektkommunen wurden mit Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm/Westfalen, Hilden, Monheim am Rhein und Vlotho Städte mit unterschiedlicher Einwohnerzahl, Lage und Struktur ausgewählt. Als das Modellprojekt im Jahr 2004 beendet wurde, konnten verschiedene Partizipationsmodelle entwickelt und erprobt werden, um den kommunalen Haushalt für die Bür-

gerschaft verständlich aufzubereiten und in einen Konsultationsprozess mit den Bürger/innen einzusteigen. Eine Prämisse des Projektes wurde vorab deutlich kommuniziert: Die Entscheidungskompetenz des Stadtrates sollte durch das Modellprojekt in keiner Weise tangiert werden.

Das Gemeinschaftsprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ unterscheidet sich vom Modell Porto Alègre insbesondere im Hinblick auf die Partizipationstiefe und die Systematik des Partizipationsprozesses. Der Schwerpunkt des Bürgerhaushaltsverfahrens lag bei den teilnehmenden NRW-Kommunen eindeutig auf den Säulen ‚Transparenz und Information‘ sowie ‚Rechenschaftslegung‘. So stand am Anfang des Prozesses in allen sechs beteiligten Kommunen ein initiierender Ratsbeschluss. Zur Information der Bürgerschaft nutzten die Modellkommunen Instrumente wie Haushaltsbroschüren, Informationsfahrten und Rundgänge, Flyer, Anzeigen in Tageszeitungen sowie Online-Angebote im Internet. In Hamm waren die Informationsbroschüren das zentrale Medium des Bürgerhaushalts, sie wurden mit der Tageszeitung an 45.000 Haushalte verteilt. Die Stadt Hilden entwickelte mit „Hildopoly“, einem überdimensionalen Monopoly-Spiel, ein überregional beachtetes Instrument zur Verbesserung der Transparenz des kommunalen Haushaltes. Nachdem die Verwaltung Ende 2002 den Haushaltsplan aufgestellt und Anfang 2003 in den Stadtrat eingebracht hatte, war die Bürgerschaft zum Spiel „Hildopoly“ eingeladen. Jedes Feld des Spiels entsprach hierbei einem Teilbereich des öffentlichen Haushalts der Stadt Hilden. Die 27 Ämter und Einrichtungen der Kommune hatten hierbei ihre eigene „Straße“ in Form eines Pavillons. Bestandteil der Spielregeln war es, dass die Bürger/innen Fragen zu den jeweiligen Teilbereichen stellen konnten, um sich Wissen anzueignen und auf dieser Basis Anregungen, Kritik und Ideen für die Ausgestaltung des Hildener Haushaltsplans zu artikulieren.

Die Rechenschaft über die Partizipationsergebnisse erfolgte in den Modellkommunen auf unterschiedliche Weise, etwa in Rahmen von Bürgerforen oder der Aufbereitung der Entscheidungen des Rates im Internet. Die kommunalen Parlamentarier/innen haben sich zuvor (in der Regel) verpflichtet, die Bürgervoten in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen. Die jeweiligen Anregungen der Bürgerschaft mussten demnach offiziell im Stadtrat erörtert und entsprechende Ablehnungen plausibel begründet werden. In Hilden wurden die Teilnehmenden des „Hildopoly“-Spiels in einem persönlichen Anschreiben darüber informiert, wie Rat und Verwaltung ihre Anregungen und Vorschläge genutzt haben. Den Angaben des verantwortlichen Mitarbeiters der Hildener Kämmerei zufolge hat sich das Modellprojekt in Hilden verstetigen können. Vorschläge der Bürger/innen zu spezifischen Aspekten des kommunalen Haushalts werden regelmäßig in den Vorlagen des Haushaltsplans abgebildet. Die Stadtverwaltung bietet hierzu wechselnde Partizipationsmöglichkeiten (Bürgerforen etc.) und fragt die Bürgerschaft im Vorfeld, welche Bereiche der kommunalen Leistungen auf besondere Resonanz stoßen. Auch in Emsdetten konnte der Bürgerhaushalt nach der Modellphase verstetigt werden. Ein wichtiger Effekt dieser kontinuierlichen Einbeziehung der Bürgerschaft in die jährliche Aufstellung des Haushaltes sei es, dass die Art der Meinungsbildung und öffentlichen Debatte sowie die Qualität der Bürgervorschläge (Spar- und Investitionsvorschläge) sich deutlich verbessert habe, so die verantwortliche Mitarbeiterin der Emsdettener Stadtverwaltung.

Köln Modell – Typ 3: Sehr hohe Beteiligungsquoten durch aufwändige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bei starker Gewichtung von Online-Partizipation

Nachdem 2001 – 2003 parallel zum laufenden Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“

NRW in Köln sondierende Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt stattgefunden haben, hat der Rat der Stadt im Juli 2004 mit großer Mehrheit die Stadtverwaltung beauftragt, ein öffentliches Symposium „Kommunaler Bürgerhaushalt für Köln“ durchzuführen. Noch vor dem Symposium hat der Rat im Dezember 2005 die Verwaltung aufgefordert, eine Konzeption für die Verabschiedung zukünftiger Haushalte in Form eines Bürgerhaushaltes auszuarbeiten. Mit Beschluss des Finanzausschusses wurde hierzu eine Steuerungsgruppe aus Vertreter/innen von Rat und Verwaltung und ein Beirat mit Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingerichtet. Durch Unterstützung einer Hamburger Unternehmensberatung wurde im September 2006 das Symposium durchgeführt, das zum Ziel hatte, Voraussetzungen und Anforderungen zu klären, wie ein Bürgerhaushalt in der Millionenstadt Köln realisiert werden könnte. Erfolgsbedingungen und erste Ideen zum Partizipationskonzept konnten dort mit externen Fachleuten und Entscheidungsträgern aus Fraktionen und Verwaltungsspitzen erörtert werden. Die damaligen Ausgangsbedingungen waren geprägt durch die anstehende Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ sowie durch das seinerzeit existente Haushaltssicherungskonzept. Die sich an das Symposium anschließende Vorbereitung des Kölner Bürgerhaushalts 2008 wurde – begleitet durch monatliche Sitzungen des Beirates – von der Kämmerei und den Online-Diensten der Stadt Köln vorangetrieben.

Mehr als 400 Interessenten besuchten am 22. Oktober 2007 die Auftaktveranstaltung zum Start des Bürgerhaushalts im Kölner Gürzenich und informierten sich über das Verfahren. Mit fast 5.000 Vorschlägen und mehr als 10.000 Teilnehmer/innen war die Konsultations- und Partizipationsphase des ersten Kölner Bürgerhaushaltes überraschend erfolgreich. Unter dem Motto „Deine Stadt, Dein Geld“ hatten die Kölner/in-

nen vom 22.10.2007 bis zum 19.11.2007 die Möglichkeit, über ein neu eingerichtetes Webportal (www.buergerhaushalt.stadt-koeln.de) eigene Vorschläge für die Produktbereiche Verkehr, Grünflächen und Sport zu machen. Im Etat 2008 sind für diese Bereiche Ausgaben in Höhe von insgesamt 338 Millionen Euro vorgesehen. Menschen ohne Internetanschluss konnten zudem telefonisch über eine Hotline und klassisch postalisch ihre Anregungen übermitteln. Die Nutzer/innen des Webportals konnten die Vorzüge gut konzipierter und moderierter Online-Partizipation kennen lernen. Denn man konnte nicht nur die eigenen Vorschläge ins Portal stellen und damit öffentlich zugänglich machen, sondern zudem Vorschläge von Dritten kommentieren, mit den eigenen verknüpfen und schließlich votieren: Sämtliche Online-Vorschläge konnten entweder mit Pro (Zustimmung) oder Contra (Ablehnung) gewertet werden. In jedem der drei Produktbereiche wurden auf diese Weise die 100 Vorschläge mit der jeweils größten Zustimmung (Differenz der Pro/Contra-Bewertungen) partizipativ ermittelt. Die Bürgerschaft fungierte hier oftmals als Seismograph für in Köln vernachlässigte Themen: So wurden z.B. zum Themenkomplex Radverkehr bzw. Ausbau des Radwegesystems alleine rund 500 Vorschläge eingereicht.

Neben Einzelvorschlägen wurden auch systematische und konzeptionelle Vorschläge online zur Abstimmung gestellt. „Köln als fahrradfreundliche Stadt neu positionieren“ lautet der lebhafteste und zahlreiche Kommentare und Diskussionen auf der Online-Plattform verursachende Vorschlag eines „Bürgerhaushalters“, der ein besser abgestimmtes Konzept zur Förderung des Radverkehrs in Köln anmahnt und hierzu auch personelle Aufstockungen in der Kölner Stadtverwaltung einfordert. Ein anderer „User“ schlägt vor, ein **Bürgergutachten zur Verbesserung der Qualität der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB)** in Auftrag zu geben. Diese Metho-

de habe sich z.B. in Hannover hervorragend bewährt, um den ÖPNV dort sicherer, schneller und kundenfreundlicher zu machen. Das Gutachten koste zunächst zwar Geld, das aber gut investiert sei angesichts der erwartbaren Erhöhung der Akzeptanz der KVB durch die Kunden. Im Vergleich zu teuren Expertengutachten sei das Bürgergutachten zudem preisgünstig zu nennen.

Ein von 421 Personen unterstützter **Sparvorschlag betrifft die Kürzung der städtischen Subventionen für den 1. FC Köln**. Der „Bürgerhaushälter“ argumentiert, dass Schluss gemacht werden müsse mit der einseitigen Förderung eines profitablen Sportunternehmens. Von den eingesparten Geldern solle der unter maroder Bausubstanz und schlechter personeller Ausstattung leidende Breitensport in Köln gefördert werden. **Einige Vorschläge fungierten als Lobby für den Erhalt öffentlicher Infrastruktur**, z.B. zur Rettung eines von der Schließung bedrohten Freibades in Köln-Weiden. Mit 457 Unterstützern gelang es diesem Vorschlag, im Zeitraum der Online-Beteiligung die meisten Pro-Stimmen (bei 63 Contra-Stimmen) auf sich zu vereinen. Auch **Bürgerinitiativen nutzten den Bürgerhaushalt als neues Partizipationsinstrument**, um für ihr Anliegen weitere Unterstützung in Form von Bürgervoten und Kommentaren zu erhalten: So erzielten die Vorschläge zum Erhalt der Sürther Aue und damit gegen den Ausbau des Godorfer Hafens diverse Pro-, aber auch viele Contra-Stimmen. Der Umstand, dass ein seit lange schwelender Konflikt der Stadtentwicklung nun auch via Bürgerhaushalt ausgefochten wurde, gab Anlass zur Kritik am Verfahren der Online-Partizipation. So wurde z.B. kritisiert, zu viele Einzelvorschläge zu ein und demselben Thema formulieren zu können mit der Folge, dass andere Vorschläge es umso schwerer hätten, im Ranking nach oben zu kommen. Die das Online-Verfahren begleitende Mo-

deration reagierte sofort und stellte klar, dass im Rahmen der intensiveren Auswertung diese Kritik Berücksichtigung finden werde. Zudem hatten die User die Möglichkeit, in der Rubrik „Fragen, Lob & Kritik“ Hinweise und Tipps für die Optimierung des Online-Bürgerhaushaltes zu geben.

Der Rat der Stadt Köln soll die jeweils 100 wichtigsten Anregungen für einen Produktbereich bei seinen Haushaltsberatungen berücksichtigen und entscheiden, welche Vorschläge (bis wann) umgesetzt werden. Diese Entscheidungen werden anschließend begründet und veröffentlicht. Derzeit befindet sich der Kölner Bürgerhaushalt im Endspurt des politischen Beratungsverfahrens. In den kommenden Haushaltsplanberatungen werden sich der Finanzausschuss und abschließend der Rat mit den betragsmäßig bereits bezifferbaren Maßnahmen befassen und über ihre Aufnahme in den Haushaltsplan 2008/2009 entscheiden. Die Verwaltung wird einen Rechenschaftsbericht mit den vom Stadtrat getroffenen Entscheidungen auf ihrer Internetplattform einstellen. Für die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2008, der zusätzlich zum „UN Public Service Award“ nun auch einen Preis im Rahmen des „NRW.Bank.Ideenwettbewerbs“ erhalten hat, sollen bis zum Jahr 2010 8,2 Mio. Euro aufgewendet werden.

Bei der Suche nach den Ursachen des Erfolgs können mehrere Faktoren benannt werden: So wurden im Vorfeld des Bürgerhaushaltes mit einer repräsentativen Befragung besonders interessante und „nachgefragte“ Produktbereiche ermittelt. Hierdurch wurde die Mitwirkung der Bürger/innen am Haushalt 2008 für die drei Bereiche „Straßen, Wege und Plätze“, „Grünanlagen“ sowie „Sport“ konzipiert und klar begrenzt. Für eine Beteiligung der Bürgerschaft wurde sehr kurzfristig, jedoch massiv geworben. Zeitnah zur Beteiligungsphase erhielt jeder der 600.000

Kölner Haushalte eine Broschüre zum Bürgerhaushalt. Zudem wurde mit einer großangeleg-

ten Plakataktion und Radio-Spots für den Bürgerhaushalt geworben.

Perspektiven für Bürgerhaushalte in Deutschland

Mit Blick auf die skizzierten Typen und Modelle von Bürgerhaushalten lassen sich folgende perspektivische Schlussfolgerungen ziehen:

- **Vor dem Start des Partizipationsverfahrens ist es ratsam, Zeit und Verstand zu investieren, um mit kommunalen Entscheidungsträgern und relevanten Akteursgruppen vor Ort das passende Konzept zur Durchführung des Bürgerhaushalts zu entwerfen.** Die Rahmenbedingungen sind lokal so unterschiedlich ausgeprägt, dass solche Sondierungen (vgl. z.B. die aufwändige Kölner Vorlaufgeschichte) erfolgsentscheidend sind für die Akzeptanz und die Partizipationsbereitschaft der Bürgerschaft.
- **Das Partizipationsmodell Bürgerhaushalt bietet mit den drei Mindeststandards Information, Partizipation und Rechenschaftslegung einen guten Rahmen, um „maßgeschneiderte“ Beteiligungsverfahren vor Ort anzuwenden und ggf. mit weiteren Methoden zu kombinieren.** Kombinationen erscheinen insbesondere dort geboten, wo die Beteiligungsergebnisse (zu) einseitig durch die Nutzung einer zentralen Partizipationsmethode generiert werden. So könnte z.B. die Web-basierte Online-Partizipation des Kölner Modells um systematischere „Offline“-Beteiligung qua Bürger- oder Stadtteilforen (Modell Porto Alègre und Berlin-Lichtenberg) ergänzt werden. Der Verein „KölnAgenda“ (www.koelnagenda.de), der den Kölner Bürgerhaushalt von Beginn an begleitet hat, schlägt in diesem Sinne vor: „Die hohen Beteiligungszahlen des Bürgerhaushalt 2008 zeigen, dass sich das Internet, sofern es

wie in Köln als niederschwelliges Angebot konzipiert ist, als zentrales Element der Beteiligungsmöglichkeit bewährt hat. Zudem kann hier die Beteiligung besonders kostengünstig organisiert werden. Daneben sollten die weiteren Beteiligungsformen optimiert werden, damit z.B. die ältere Generation oder Migranten noch besser angesprochen werden.“⁵

- **Mit Blick auf die Repräsentativität und Legitimität von Partizipationsergebnissen im Kontext des Bürgerhaushalts empfiehlt es sich, Bürgerbefragungen bzw. die von Helmut Klages konzipierten „Bürgerpanels“ ergänzend anzuwenden⁶.** Denn im Rückblick auf das preisgekrönte Kölner Modell lässt sich eine systembedingte Schwachstelle ausmachen, die bei der beabsichtigten Fortführung des Bürgerhaushalts eine wichtige Rolle spielen dürfte. So partizipierten insbesondere versierte Online-Nutzer/innen am Kölner Bürgerhaushalt und produzierten Vorschläge sowie Rankings, die trotz der beeindruckend hohen Beteiligungsquote nicht repräsentativ sein dürften. Eine Optimierung des Partizipationsverfahrens kann daher z.B. erreicht werden, indem wesentliche Trends und Vorschläge im Anschluss an die Online-Beteiligung auch im Rahmen einer repräsentativen schriftlichen Befragung bewertet werden würden.
- **Entwicklungsperspektiven für den Bürgerhaushalt bietet auch der Ansatz des „Gen-**

5 KölnAgenda e.V. (2008): KölnAgenda Journal für ein zukunftsfähiges Köln, Ausgabe 1/2008, S. 4.

6 Helmut Klages (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen, S. 72f.

der-Budgeting“.⁷ In einzelnen Kommunen werden derzeit Varianten von Bürgerhaushalten erprobt, die Transparenz herstellen möchten z.B. zur Frage, ob eine Haushaltsentscheidung mit dem Gleichstellungsgebot vereinbar ist. Der Haushalt des Berliner Bezirks Lichtenberg enthält für 18 Produktbereiche mit einem Gesamtbudget von 18,1 Millionen Euro eine geschlechterdifferenzierte Analyse, aus der hervorgeht, zu welchem Anteil die jeweiligen Produkte von weiblichen bzw. männlichen Personen genutzt werden. In Köln hat das „FrauenForum KölnAgenda“ solch ein „Gender-Budgeting“ in der Studie „Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik“ für die Produktbereiche der Volkshochschule und der Stadtbibliothek durchgeführt.

- **Der Bürgerhaushalt wird als zeitgemäßes Partizipationsmodell keine Modeerscheinung bleiben**, sondern vermutlich erst am Anfang einer längerfristigen „Karriere“ stehen. **Als partizipativer Rahmen vermag er es, Kombinationsmöglichkeiten von Beteiligungsverfahren bereitzustellen zur besseren Systematisierung bürgerschaftlicher Einflussnahme.** Sofern das Modell des Bürgerhaushalts konsequent weiterentwickelt und in der kommunalen Landschaft noch stärker verankert wird, kann es einen wichtigen Beitrag leisten, um das von bedenklicher Demokratieverdrossenheit bedrohte System der repräsentativen Demokratie zu vitalisieren und neue Legitimationsquellen anzuzapfen.

Zum Autor

Martin Rüttgers (Dipl.Politologe, 38 Jahre) lebt und arbeitet in Köln als selbstständiger Politikberater mit dem Beratungs- und Forschungsschwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement. In seinen Veröffentlichungen werden u.a. die Forschungsthemen Netzwerke (der Engagementförderung), Bürgerkommunen, Bürgerstiftungen, Leitbildentwicklung und Strategien gegen Rechtsextremismus analysiert. Er ist bürgerschaftlich engagiert als Mitglied des Stiftungsrats der Bürgerstiftung Köln, der Kölner Freiwilligen Agentur sowie der Steuerungsgruppe des „Kölner Netzwerks Bürgerengagement“. Weitere Informationen: www.politikberatung-ruettggers.de.

7 Vgl. Christine Färber (2007) Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft

Literatur

- Baumann, Frank/Vogelsang, Lars/Weidner, Anselm (2003): Bürgerhaushalt Berlin-Mitte, Studie im Auftrag des kommunalpolitischen Forums e. V. (Berlin).
- Bertelsmann Stiftung/Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.): Kommunaler Bürgerhaushalt. Ein Leitfaden für die Praxis.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2005): Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung. Dokumentation und Auswertung der Ergebnisse des Workshops „Bürgerhaushalt für Berliner Bezirke: Lesbar, verständlich, für und mit Bürgern/innen“.
- Färber, Christine (2007): Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Analysereihe des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat „betrifft: Bürgergesellschaft“ Nr. 26, Bonn 2007.
- Herzberg, Carsten/Anja Röcke/Yves Sintomer: Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts, in: Jochen Franzke/Heinz Kleger (Hrsg.) (2006): Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams, S. 188–204.
- Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Erstellt für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.
- KölnAgenda FrauenForum (2004): Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse des Pilotprojekts zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner.
- KölnAgenda e.V. (2008): KölnAgenda Journal für ein zukunftsfähiges Köln, Ausgabe 1/2008.
- Müller, Erhard O. (2006): Bürger machen Haushalt. Ein Leitfaden für die Gestaltung eines Bürgerhaushalts, Hrsg.: Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen Nr. 35.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit langem ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und der Entwicklung der Bürgergesellschaft förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von Dr. Michael Bürsch, MdB (Vorsitzender der Bundestags-Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement) und koordiniert von Albrecht Koschützke, (Leiter Kommunikation & Grundsatzfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Konzeptskizzen, Progress Reports, Ergebnisse der Plenardebatten und Sitzungen der Arbeitsgruppen sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert. Die Publikationen sind abzurufen unter www.fes.de/buergergesellschaft – „Analysen“ – „Analysen des Arbeitskreises“ oder unter http://www.fes.de/library/ask_digbib.html.

Publikationen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Seit 2004 publiziert der Arbeitskreis in der Reihe „*betrifft: Bürgergesellschaft*“ Arbeitspapiere, die verschiedene Problemfelder in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Focus der bürgerschaftlichen Beteiligung analysieren. Darüber hinaus sind eine Reihe von Gutachten und Studien zu wichtigen Schwerpunktthemen entstanden. Alle Texte stehen zum download aus dem Internet zur Verfügung: <http://library.fes.de/library/fr-digbib.html> Einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Diskurses liefern auch die ausführlichen Protokolle der Plenarsitzungen: <http://www.fes.de/buergergesellschaft/debatten/index.htm>

Analyse-Reihe „*betrifft: Bürgergesellschaft*“

- 30/ **Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung**, Martin Rüttgers
- 29/ **Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft**, Lale Akgün
- 28/ **Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?**, Berit Sandberg
- 27/ **Familien und bürgerschaftliches Engagement**, Gisela Notz
- 26/ **Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft**, Christine Färber
- 25/ **Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht**, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ **Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen**, Rudolf Speth
- 23/ **Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement**, Wilhelm Schmidt
- 22/ **Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung**, Peter C. Dienel. Spanische Version: **Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana**, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf
- 21/ **Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk**, Otto Kentzler
- 20/ **Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände**, Rudolf Seiters
- 19/ **Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe**, Barbara Stolterfoht
- 18/ **Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen**, Dieter Hundt
- 17/ **Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft**, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ **Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg**, Beate Weber
- 15/ **Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements**, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ **Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship**, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: **Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship**. Spanische Version: **La responsabilidad social como estrategia de negocios**, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf
- 13/ **Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, Wolfgang Hinte
- 12/ **Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer

-
- 11/ **(K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ **Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ **Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, Michael Sommer
- 08/ **Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, Jochen Welt, MdB
- 07/ **Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, Michael Rogowski
- 06/ **Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, Konrad Hummel
- 05/ **Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01/ **Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf

Sonstige Publikationen des Arbeitskreises

- Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen**, Helmut Klages, Bonn 2007, 83 Seiten
- Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft – Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit**. Ludger Klein, Bonn 2007, 52 Seiten
- Going Gender für die BürgerInnengesellschaft: Gender Mainstreaming in zivilgesellschaftlichen Organisationen**. Marianne Weg, Bonn 2005, 92 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement: stabilisieren, stärken, steigern – Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen**. Sabrina Born, Bonn 2005, 56 Seiten
- Netzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**. Roland Roth unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn 2003, 84 Seiten
- Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien**. Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Pläß, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten
- Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste**. Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten
- Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat**. Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten
- Gewerkschaften und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeitswelt**. Kurzanalyse von Josef Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Schönstein, Bonn 2002, 28 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement und Gewerkschaften**. Kurzanalyse von Jürgen Wolf, Bonn 2002, 25 Seiten
- Bürgerkommune konkret – Vom Leitbild zur Umsetzung**. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis von Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Bonn 2002, 44 Seiten